

EU-Gängelei ohne belegten Nutzen

EU-Deckel des Grauens

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

In der Europäischen Union werden PET-Flaschen seit kurzem nur noch mit fest angebrachten Deckeln verkauft. Solche Flaschen stehen darum auch in Schweizer Regalen. Doch wie kam es zu diesem kuriosen Eingriff in den Alltag von Millionen Bürgern?



2019 verabschiedete die EU die sogenannte Einwegkunststoff-Richtlinie. Sie nahm dabei gezielt Deckel ins Visier, da diese zu den häufigsten gefundenen Abfällen zählen würden. Besonders Umweltschutzorganisationen machten sich dafür stark, indem sie emotionale Bilder leidender Meerestiere nutzten, um Stimmung zu machen. Doch es wurde gar nie geprüft, ob die lästige Anbindung des Deckels an die Flasche etwas nützt. Dies, obwohl die Industrie sich gewehrt hatte: Die Massnahme bringe massive Kosten und einen höheren Kunststoffverbrauch mit sich. Sie sei ökologisch kontraproduktiv.

Symbolpolitik und mehr Plastik

Die EU-Schreibtisch-Tierschützer haben offensichtlich nicht überlegt, woran es liegen könnte, dass an den Stränden viele Deckel liegen: Der Grund liegt darin, dass sie sich viel schlechter zersetzen als die Flasche. Die Massnahme würde also nur etwas nützen, wenn die EU-Fläschltrinker ihre PET-Flaschen nicht mehr in die Natur schmeissen, weil nun der Deckel daran fixiert ist. Das ist unwahrscheinlich, denn einen Schmutzfincken interessiert das nicht. Womöglich landen jetzt sogar noch mehr Deckel im Meer. Doch darüber machte man sich keine Gedanken.



Hinter verschlossenen Türen

Brüssel liess sich weder von der Industrie noch vom gesunden Menschenverstand beirren, es ging schliesslich um symbolische Politik. Ein teurer Eingriff ohne nachweisbaren Nutzen – zu Lasten von Unternehmen und Konsumenten. Besonders bemerkenswert ist die Intransparenz, mit der die Entscheidung getroffen

wurde: Bürger, Unternehmen und selbst einzelne EU-Abgeordnete erfuhren kaum Details über die tatsächlichen Folgen. Der politische Prozess lief hinter verschlossenen Türen ab, geprägt von Lobbyarbeit und ideologischen Debatten.

Brüsseler Diktat

Man kann sich ja an diese Deckel gewöhnen. Aber genau diese Art von praxisferner Regulierung ist es, die viele Schweizer zu Recht beunruhigt, wenn sie an das geplante Rahmenabkommen mit der EU denken. Denn auch in der Schweiz nähern wir uns dem Brüsseler Diktat schleichen an. Unsere direktdemokratische Kultur, bei der Massnahmen gründlich geprüft und debattiert werden, wäre durch eine Annäherung an diese intransparente und oft willkürliche Regelungsmaschine gefährdet.

Keine EU-Anbindung

Der PET-Deckel-Zwang zeigt exemplarisch, wie wenig die EU-Bürokratie die tatsächlichen Bedürfnisse und die Lebensrealität der Bürger berücksichtigt. Was als Umweltschutz verkauft wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ineffizienter ideologischer Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und den Alltag der Menschen. Die Schweiz muss aus diesem Beispiel lernen und sich entschieden gegen eine weitere EU-Anbindung wehren.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Die Gewalkriminalität nimmt in der Schweiz beängstigend zu. Die Hauptursache der Zunahme ist genau bekannt, wird aber von den Medien stur ausgeblendet – vielleicht in Absprache mit dem Departement Jans, das den Import der Gewalkriminalität durch sein Wegsehen nur begünstigt. Eine wirksame Waffe gegen das Verschweigen des untrennbaren Zusammenhangs zwischen Masseneinwanderung und Zunahme der Gewalkriminalität durch die Eintopf-Medien bleibt aber jedem Einzelnen: Abbestellen!

*

Aus dem Nahen Osten wird uns von sich verschärfender, brutaler Christenverfolgung durch sich auf den Islam berufende Autoritäten berichtet. Ob wohl Herr Beat Jans, seines Zeichens schweizerischer Bundesrat, bei seiner demonstrativen Teilnahme an Ramadan-Feiern seine Gastgeber darauf angesprochen hat?

us